

Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
meine sehr geehrte Damen und Herren,

in unseren Haushaltsreden und nicht nur in den Reden, sondern auch im Handeln, standen gemeinsame Bemühungen der SPD, UWG und Grünen, im Vordergrund

**Schuldenabbau,
Haushaltskonsolidierung
und äußerste Ausgabendisziplin**

Ich stelle fest, dass auch dieser Entwurf von diesen Vorgaben geprägt ist.

Bei Übergabe dieses Planes und nach kurzem Studium, war ich der Meinung, dass an diesem Plan keine große Kritik geübt werden würde. Nur ein auf der Vorderseite abgebildeter roter Betrag über rd. 3.6 Mio. € störte den Gesamteindruck. Kaum eine Maßnahme der Investitionen, die im Laufe der Jahre angesprochen und gewünscht wurde, fehlte.

Hätte die Verwaltung, so wie es die neue Landesregierung gefordert hatte, den Entwurf bereits im November 2010 eingebracht, wäre die ausgewiesene Entnahme aus der Rücklage um rd. 1.6 Mio. € geringer ausgefallen. Bei einer vorhandenen Rücklage von rd. 2.7 Mio. € wäre dieses kein Problem gewesen. Der Plan, so glaube ich, wäre einstimmig verabschiedet worden.

Unser finanzpolitisches Handeln der vergangenen Jahre war auf die absehbaren Mindereinnahmen, aufgrund der gestiegenen eigenen Steuerkraft unserer Stadt, ausgerichtet. Wir als CDU haben bei mehreren Anträgen der Liste Zukunft auf diese Problematik hingewiesen. Nach deren Vorstellungen wäre diese Rücklage bereits zum großen Teil „verfrühstückt“.

Unsere Bemühungen einer strengen Haushaltsdisziplin wurden durch die geplante Änderung des GFG zur Nichte gemacht; gefährdet auf Dauer die Förderung aller städtischen Vereine und somit auch die Jugendbetreuung.

Demnach werden die sozialen Lasten durch die Gewichtung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften stärker als bisher berücksichtigt. Von 3.9 Punkten auf sagenhafte 9.6 wird dieser Satz mehr als verdoppelt, eine weitere Erhöhung auf 15.3 steht in 2012 an. Das zuvor um Expertise gebetene ifo-Institut hatte eine moderate Anhebung des Gewichtungsfaktors um 10 Prozent auf 4,2 vorgeschlagen.

Aber nicht die Höhe der Schlüsselzuweisungen zwingt uns zu Steuererhöhungen, sondern die von der Landesregierung getroffenen finanziellen Belastungen des ländlichen Raumes.

Durch die Verbesserung unserer eigenen Steuerkraft in den vergangenen Jahren war uns ja bewusst, dass die Summe der Schlüsselzuweisungen sich dadurch in den kommenden Jahren reduzieren würde.

Durch die gleichzeitig vorgenommene Anhebung der fiktiven Hebesätze bei den Grundsteuern und der Gewerbesteuer zwingt die rot-grüne Landesregierung die Kommunen, die bislang noch unter diesen Sätzen liegen, diesen „Mindestsatz“ zu beschließen, wenn wir nicht noch mehr Landesmittel verlieren wollen. Unser Ziel kann es nicht sein, auch noch zu versuchen die finanziellen Probleme der Landesregierung mit helfen zu lösen.

Zunächst unscheinbare Zahlen, aber mit drastischen Folgen für unsere Stadt, nämlich 1,3 Mio. € werden uns durch den ersten Schritt, jetzt jährlich für unseren Haushalt genommen. Im nächsten Jahre wird die Größenordnung sich nicht verkleinern. Diese Verschiebung von den kreisangehörigen Städten zu den kreisfreien Städten trifft den ländlichen Raum sehr hart. Das Land NRW verschiebt somit allein aus dem Kreis Höxter rd. 12 Mio. €.

Wie diese Mindereinnahmen dauerhaft aufgefangen werden sollten und können, wird nicht mitgeliefert. Dass dieses Vorgehen untragbar ist, zeigt die Resolution aller BM aus dem Kreis Höxter.

Was jedoch noch viel härter ist, ist die Tatsache der Anhebung der fiktiven Hebesätze. Allein diese Maßnahme verschlingt betragsmäßig die Höhe der freiwilligen Ausgaben.

Wir wollten eigentlich mit unseren geschaffenen Rücklagen jetzt ernten, was wir den vergangene Ratsperioden gesät hatten. Leider wird jetzt die Ernte vom Land eingefahren.

Man kann auch sagen: Was uns die aktuelle Landesregierung mit ihrem GFG für 2011 zumutet, ist mehr als starker Tobak. Schon jetzt sind nur 8 von 429 Städten und Gemeinden in der Lage einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Und wenn wir jetzt nicht handeln, wird uns Gleiches passieren.

Hier sollten sich die Vertreter der SPD und Grünen auf den Weg nach Düsseldorf machen um Mitzuhelfen, eine Änderung des GFG herbeizuführen. Dann wäre auch eine Steuererhöhung für unsere Bürger nicht erforderlich.

Aber die Freundschaft zur Frau Kraft und zur SPD-NRW ist wohl offensichtlich größer als die Verantwortung für unsere eigene Stadt.

Warum habe ich diese Ausführungen gemacht? Ich möchte gern aufzeigen, dass in diesem Haushaltsentwurf den überwiegenden Vorstellungen aller Parteien und somit auch den Bürgern nachgekommen wurde.

Vorgesehen sind Investitionen der Stadt über rd. 1.3 Mio. €, VUBRA 427 T€, und KUBRA r.d 3.3 Mio. €, somit rd. 5. Mio. €. Die Einzelsummen können aus dem Vorbericht des Haushaltsplanes entnommen werden. Aus diesem Grund verzichte ich hier auf die besondere Darstellung und möchte nur erwähnen, dass ein gehöriger Betrag zur Bildung unserer Kinder (Schulen) verwandt wird. Auch für den notwendigen Hochwasserschutz in der Kernstadt und den Ortsteilen wurden Beträge eingestellt. Uns sollte aber auch klar sein, dass die Investitionen aufgrund der zu erbringenden AFA, negative Auswirkungen auf Ergebnispläne der Zukunft haben werden.

Wir als CDU stehen daher voll und ganz zu dem vorgelegten Plan; und haben aufgrund der notwendigen Haushaltsdisziplin keine eigenen Anträge, die zur Verschlechterung der Ausgabensituation geführt hätten, gestellt. Wir würden jedoch die vorgesehene neue Bestuhlung des Ratssitzungssaals auf das nächste Jahr verschieben wollen. Auch wenn diese Maßnahme keine Veränderung des Haushaltsdefizites nach sich zieht. Es soll nur ein Zeichen dafür sein, dass wir als gewählte Volksvertreter, auch für uns Ausgabendisziplin üben. Wir sind nicht umsonst im Jahre 2006 von der GPA als preisgünstig in Bezug auf die kommunale Kostenstruktur in der Ratsarbeit bezeichnet worden. Keine Gemeinde in NRW hat, bezogen auf die Anzahl der Einwohner, geringere Kosten als wir.

Ich stelle diese Ausführung vorweg, um jetzt und heute auf das entscheidende Thema zu kommen. Nämlich, die sich aufgrund der geschilderten Mindereinnahmen, aufgrund des neuen GFG2011 unumgängliche Maßnahme: **Steuererhöhung oder nicht.**

Glauben sie mir. Auch uns wird es nicht leicht fallen diese, aus unserer Sicht zwingend notwendige Maßnahme beschließen zu müssen.

Aber: Wir **alle** haben eine Verpflichtung: Schaden von unserer Stadt ab zuwenden.

Das sind wir **allen**, insbesondere aber unser Jugend, schuldig. Wir haben eine Verantwortung.

Dazu sind wir von unseren Bürgern gewählt. Auch wenn bei der Grundsteuer B nur sich zwischen 15 und 25 € beläuft, müssen wir auch bedenken, dass zum jetzigen Zeitpunkt auf die Besitzer viele Erhöhungen niederprasseln und zusätzliche Kosten, wie zum Beispiel Dichtigkeitsprüfungen zukommen. Aber das Land NRW nimmt keine Rücksicht. Lässt aber nichts aus, um die in der Verantwortung stehenden Kommunalvertreter schlecht aussehen zu lassen.

Ich habe heute Morgen aus einer Haushaltsrede folgenden Satz entnommen: „Wir sind relativ gut aufgestellt, was den bisherigen Schuldenabbau angeht. Wir müssen im Sinne einer nachhaltigen, generationengerechten Politik **den Prozess der Entschuldung beibehalten** und den nachfolgenden Generationen damit Handlungsfähigkeit sichern“.

Die meisten Ratskolleginnen und Kollegen werden sagen: Dieses können wir alle mittragen. Und der Satz könnte von mir sein. Nein dieser Satz stammt vom stellvertr. Fraktionsvorsitzenden der SPD in Warburg, Christoph Dolle. Recht hat der Herr Dolle.

Wir sind mit unserer bislang vorgenommenen Haushaltspolitik äußerst erfolgreich gewesen und bestens aufgestellt. Wir werden wegen unserer Haushaltspolitik in unserem Umfeld durchweg beneidet. Uns wird Lob entgegengebracht. Wir waren alle stolz über das Geleistete und konnten dieses sein. Und was soll jetzt geschehen? All unsere guten Vorsätze sollen über den Haufen geworfen werden? So einfach wollen wir es der Politik in Düsseldorf nicht machen.

Wir sind in der **Verantwortung unseren Bürgern gegenüber und nicht Frau Kraft aus Düsseldorf!**

In der letzten Hauptausschusssitzung zur Vorberatungen dieser Sitzung stellt die SPD noch weitere Änderungswünsche vor, die eine weitere Verschuldung nach sich ziehen würde. Gleichzeitig wird von allen anderen Fraktionen aber eine Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt kategorisch abgelehnt.

Wir haben wegen unserer sparsamen Haushaltsführung es „GOTT sei Dank“ in den letzten Jahren nicht nötig gehabt Steuererhöhungen vornehmen zu müssen. **Ausgabendisziplin stand im Vordergrund.** Letztendlich waren es immer Vorgaben der Landesregierung, die durch Anhebung der fiktiven Hebesätze uns gezwungen haben, die Steuersätze anzuheben um nicht noch bestraft zu werden.

Glauben sie mir bitte. Auch wir würden der Steuererhöhung nicht zustimmen, wenn wir einen Ausweg aus der von der Rot/Grünen Landesregierung veranlassten Minderleistung finden würden. **Ich appelliere an alle im Rat vertretenden Parteien nach Möglichkeiten zu suchen, damit wir eine Steuererhöhung nicht vornehmen müssen.**

Politik „Augen Zu und Durch“ kann doch keine Lösung sein. Dieses Verhalten werden wir bitter bezahlen müssen. Geld spielt wohl offensichtlich bei dem einen oder anderen Ratsmitglied keine überzeugende Rolle mehr.

Die Fraktionsvorsitzenden haben sich am Montag noch einmal zu einen Gespräch getroffen und ich persönlich war fest davon überzeugt, dass ein

Großteil der Anwesenden den jetzt sich abzeichnenden Ernst der Situation erkannt und daher Vorschläge zu Kürzungen der sich abzeichnenden Entnahme aus der Sicherheitsrücklage eingebracht hätten. Wir haben zum Beispiel als Vorschlag der Kostenreduktion angeregt, die vorgesehenen Maßnahmen der Gebäudeunterhaltung, die sich auf insgesamt rd. 300 T€ belaufen, pauschal um 10 % zu kürzen.

Seiten der SPD wurden noch weitere Investitionen gefordert. Eine Steuererhöhung aber abgelehnt. Die Rücklagenentnahme würde sich hierbei auf rd. 4. Mio. € erhöhen.

Ich komme jetzt noch einmal auf die bislang gemeinsam in den letzten Jahren eingeleiteten Maßnahmen zurück.

**Kontinuierliche Rückführung unserer Verbindlichkeiten,
keine Aufnahme von Kassenkrediten,
Ausgaben, da wo es geht, zu reduzieren,
keine Kürzungen der freiwilligen Leistungen.**

Wo wären wir dann jetzt, wenn wir unseren Bürgern nicht all die Einsparungen zugemutet hätten?

Keine Rücklagen.

Schon jetzt Kassenkreditaufnahme.

Es kann doch nicht angehen, dass wir in einem einzigen Jahr mehr als 60% unserer mühsam aufgebauten Rücklage zur Finanzierung unseres

Haushaltsdefizites 2011 abbauen müssen, ohne Maßnahmen zu ergreifen, aus dem Dilemma herauszukommen. Bei der jetzigen Konstellation würde am Jahresende die Aufnahme eines Kassenkredites über rd. 1.3 Mio. € anstehen.

Besserungen nicht in Sicht. Man muss sich der der Tatsache ins Auge sehen, dass wir auf Dauer nicht in der Lage sein werden

Personalkosten,

AFA und

Transferkosten (Kreisumlage)

dauerhaft aufzubringen und somit einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren.

Da bekanntermaßen die jetzige Einnahmeannahme der Steuern nur auf Schätzungen beruhen, wurde seitens der SPD der Vorschlag gemacht, die Höhe der Gewerbesteuer um rd. 200 T€ anzuheben. Als weitere Einnahmeverbesserung wurde der Hinweis gegeben, dass die Kreisumlage nach ihren Informationen sich um rd. 140 T€ verringern würde. Dieses sind Annahmen und uns Ratsmitgliedern offiziell nicht bekannt. Wenn es so käme, wäre dieses gut, aber würde unser vorhandenes Defizit nicht großartig verringern.

Ich bezeichne solche Maßnahmen nicht als solide, sondern vielmehr als **abenteuerlich**. Mit solider Haushaltspolitik hat dieses nicht viel zu tun. Zum jetzigen Zeitpunkt sind zum „Soll-gestellt“ 5,6 Mio. €. Über diese Summe liegen Bescheide vor. Im Haushalt selbst wurde für das Jahr 2011 Einnahmen aus der GEW mit 7,5 Mio. € veranschlagt. Jetzt noch einmal die Schätzung auf 7,7 Mio. € anzuheben und damit die notwendigen Steuererhöhungen zu

unterlassen sind Träumereien und Augenwischereien.

In diesem Zusammenhang noch einmal Dank an allen die zu diesem guten Steuereinnahme beitragen werden.

Wenn wir in der Vergangenheit dieses Vorgehen als seriös bezeichnet und so gehandelt hätten, wäre eine Rücklage nicht vorhanden. Wir wissen ja alle: Ist Geld (wenn auch nur virtuell) da, muss es bei der Politik auch wieder ausgegeben werden. Ich habe in den letzten Jahren mehrfach gegen dieses Argument „**es ist ja Geld da**“ argumentieren müssen.

Wir sehen ja gerade im Land NRW, wie mit Gemeinden, die sparsam gewirtschaftet haben, so wie wir, vom Land umgegangen wird. Der Sparsame wird bestraft und Großspurige belohnt (Umverteilung in die Großstädte mit ihren horrenden Verschuldungen). Hier fällt mir eine Aussage anlässlich einer Veranstaltung zum Zusammenhang GFG ein. „Wir als Stadt Wuppertal sind so pleite, dass es uns egal ist, ob wir die 12 Mio. € mehr oder weniger von euch bekommen, oder nicht“ So sieht es vielen kreisfreien Städten in NRW aus.

Wir wissen alle, da nehme ich keinen aus, es glaubt doch wohl keiner, dass obwohl versprochen vor der Wahl, in NRW **den Gemeinden zu helfen**, tatsächlich geholfen wird. Wie will das Land bei der Nettokreditaufnahme und Schuldenbremse noch Ausgabepotentiale generieren? Es sei denn, der Finanzminister findet doch noch im Keller weitere Milliarden.

Wer noch dazu die Meinung vertritt, in den nächsten Jahren wird es sicherlich mit den Steuereinnahmen bergauf gehen, kann auch hier falsch liegen.

Ohne Steuererhöhung werden wir spätestens in zwei Jahren unsere Handlungsspielräume eingebüßt haben. Aber wenn es so von den anderen Fraktionen gewünscht wird und einer Steuererhöhungsforderung nicht mitgetragen werden sollte, dann soll es so sein. Das HSK lässt schön grüßen.

Was die Aufsichtsbehörde kann, können wir viel besser. Nur wir müssen den Mut aufbringen diese Entscheidungen voranzutreiben.

Ich gestehe ein, mit Finanzpolitik kann man keine Wahl gewinnen. Aber eine gute Finanzpolitik ist die beste Sozialpolitik.

Fragt doch einmal bei den Gemeinden nach, die vom HSK betroffen sind, oder waren.

Eigener Handlungsspielraum keiner!

Steuererhöhungen ja und über die fiktiven Hebesätze hinaus. Bis ein Haushaltsausgleich sichergestellt ist!

Investitionsausgaben über € 60 (ohne jede weitere Null) von der Aufsichtsbehörde genehmigen zu lassen.

Was ich aus der Veranstaltung von Montagabend mitgenommen habe, waren Überlegungen zur Bilanzpolitik, die mir mehr als abenteuerlich vorkamen.

Ich kenne Aussagen, insbesondere vom Fraktionsvorsitzenden der Liste Zukunft „Wir können gar nicht ins HSK abgleiten. Wir sind so reich. Wir sind gar nicht in der Lage unsere Aktiven zu verbrauchen. Wir können ja auch noch die Einlagen aus dem Pensionssicherungsfonds zur Liquiditätssicherung zurückholen oder beleihen. Wir haben auch noch Wald den wir verkaufen

könnten. Es handelt sich hierbei doch nur um Aktivtausch in der Bilanz.“

Wenn diese aber die Einlassungen der Liste Zukunft ist, dann sollten sie hier und heute auch derartige Vorstellungen bekunden und zur Abstimmung bringen. Und nicht bei passenden oder unpassenden Gelegenheiten intern äußern. Dann werden wir ja sehen, ob derartige Überlegungen mehrheitsfähig sind.

Wenn es so weit kommen würde, dann gute Nacht Brakel. Mit unserer vorsichtigen Finanzpolitik verträgt sich derartiges Handeln nicht. Mit solch Bilanz- und Finanzvorstellungen ist schon manch ein Wirtschaftsunternehmen nicht lange am Markt gewesen.

Es kann aber auch nicht sein, dass die eine Fraktion im Rat für die schwierige Einnahmebeschaffung verantwortlich ist, und die anderen für eine großspurige Ausgabenseite (sprich Wohltaten) verantwortlich zeichnet. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die ganzseitige Anzeige der Liste Zukunft zu Weihnachten des vergangenen Jahres. Es sei mir auch erlaubt, zu bemerken, dass auch hier versucht wird, sich mit falschen Federn schmücken zu wollen. Wir werden bei passender Gelegenheit im Rat, und nicht in der Presse, zurückkommen.

Meine Damen und Herren,

es ist schade, dass unser lokal politisches Handeln so stark durch die Landespolitik beeinflusst wird. Mir tut es im Herzen weh, dass die Haushaltsberatungen dieses Jahres so maßgeblich von der Landpolitik negativ geprägt waren. Dennoch möchte ich zum Abschluss unsere Anerkennung für

die Arbeit der Verwaltung ausdrücken. Sparsbemühungen werden nicht allein die Politiker treffen müssen. Sparsbemühungen bedürfen das Handeln aller Beteiligten (auch der Mitarbeiter der Verwaltung).

Wir als CDU tragen den Haushaltsentwurf mit den vorgesehenen Einnahmen und den Ausgaben voll und ganzheitlich mit. Stellen aber auch fest: Sollte sich die Landesregierung NRW entgegen aller bisherigen Aussagen, doch noch zu einer Änderung des GFG entschließen, müssen durch Änderung der Hebelsteuersatzung die dann gewonnen Freiräume durch entsprechende Steuerermäßigungen an unsere Bürger zurückgegeben werden.

Ich möchte mich beim BM und seinen Mitarbeitern für die jederzeitige Bereitschaft bedanken, dass sie bereit waren, uns für die noch nachzuholenden Informationen zur Verfügung zu stehen.

Der Haushaltsplan in seiner jetzigen Form ist für alle nur schwer, und ohne Mithilfe des Kämmerers oder seines Vertreters, kaum noch nachvollziehbar, und somit aus meiner Sicht erheblich verbesserungswürdig. Wenn das z. zt. eingesetzte Softwareprogramm keine andere Gestaltungsmöglichkeit hergibt, müsste alternativ die Verwaltung ihre Kostenstellenrechnung offenlegen und als Anlage mitliefern.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit. Treffen wir die richtige Entscheidung für die Zukunft unserer schönen Stadt Brakel